

# Fraktion direkt

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · Juli 2018

**Solide Finanzen  
als Markenzeichen**

Der Bundeshaushalt 2018  
setzt klare Schwerpunkte

## Globalisierung gerecht gestalten

Entwicklungspolitik vor dem Hintergrund  
des christlichen Menschenbildes

»Fraktion direkt« – Die App  
**Jetzt downloaden**



# 6

Entwicklungspolitik gehört zu den vorrangigen Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Vor dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes ist Solidarität mit notleidenden Menschen überall auf der Welt selbstverständlich.



© Joachim Riecker

# 12

Anfang Juli verabschiedet der Bundestag den Haushalt für das Jahr 2018. Der Etat trägt die Handschrift der Union, die auf finanzpolitische Solidität setzt. Trotz der »schwarzen Null« ist Geld da für Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche und für die Entlastung der Bürger.



© Bloomline/Fotolia

# 22

Die Arbeitsgruppe Petitionen hat sich in im vergangenen Jahr mit 11.500 Bürgerzuschriften befasst – eine Menge Arbeit. Das Gute daran: Die Zahl der Petitionen zeigt auch, dass die Menschen sich für Politik interessieren.



© privat

## 3

Der Monat  
Volker Kauder

## 4

Die Meinung  
Michael Grosse-Brömer

## 5

Die Zahlen

## 6

Der Brennpunkt  
Globalisierung gerecht gestalten

## 11

Der Gast  
Tanja Gönner über  
Entwicklungspolitik und  
Migration

## 11

Impressum

## 12

Die Themen  
Die »schwarze Null«  
als Markenzeichen

## 16

Das Gespräch  
Nadine Schön über  
Künstliche Intelligenz

## 18

Die Antworten  
Fragen und Antworten zur  
Musterfeststellungsklage

## 19

Der Dialog  
#10minLIVE – Mit Bürgern  
im Dialog bleiben

## 20

Der Sommer  
Buchempfehlungen  
der Redaktion

## 22

Die Themen  
Petitionen sind Gradmesser  
der Politik

## 23

Die Bilder

## 24

Das Zitat

Die nächste  
Ausgabe von  
»Fraktion direkt«  
erscheint Ende  
September

## Liebe Leserinnen und Leser,

die ersten 100 Tage der großen Koalition liegen nun hinter uns. Wir haben schon einiges erreicht, wenn ich zum Beispiel an die Begrenzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus denke.

An eine weitere wichtige Wegmarke kommen wir Anfang Juli, wenn der Bundeshaushalt für das laufende Jahr verabschiedet wird. Der Etat trägt die Handschrift der Unionsfraktion: Zum fünften Mal in Folge ist es uns gelungen, die sogenannte schwarze Null einzuhalten. Wir erwirtschaften sogar Überschüsse, die wir sowohl für Investitionen als auch zur Entlastung der Bürger einsetzen können. Wir erläutern in diesem Heft die Schwerpunkte des Haushalts.

Titelthema dieser Ausgabe ist jedoch die Entwicklungspolitik. Im Koalitionsvertrag mit der SPD haben wir vereinbart, dass wir die sogenannte ODA-Quote von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erreichen wollen. Weil wir angesichts der Krisen dieser Welt auf den vernetzten Ansatz setzen – eine Kombination aus Diplomatie, Sicherheitspolitik und Entwicklungszusammenarbeit –, wollen wir die Mittel für Verteidigung und Entwicklungspolitik im Verhältnis eins zu eins erhöhen. Es liegt uns viel an der gerechten Gestaltung der Globalisierung. Sie ist auch ein Beitrag dazu, dass Menschen ihre Heimat nicht verlassen und sich eben nicht auf die Flucht nach Europa begeben.

Dies zu verhindern, muss eines der Hauptziele unserer Politik in den nächsten Jahren sein. In einem Gastbeitrag beschreibt Tanja Gönner, die Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die praktischen Herausforderungen der Entwicklungszusammenarbeit, vor allem mit Blick auf Flucht und Migration.

Wir brauchen in der Migrationspolitik aber auch ein gemeinsames Vorgehen in Europa. Das ist in unserer Fraktion unstrittig. Wir brauchen außerdem mehr Steuerung und Ordnung in der Flüchtlingspolitik. Und natürlich wollen wir alle gemeinsam die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, weiter reduzieren.

Darüber hinaus beschreiben wir in diesem Heft die herausragende Arbeit des Petitionsausschusses, der seinen Jahresbericht vorgelegt hat, und sprechen mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Nadine Schön über das Zukunftsthema Künstliche Intelligenz. Wie jedes Jahr zum Sommer stellen Ihnen unsere Mitarbeiter ihre Buchtipps vor. »Fraktion direkt« geht damit in die Sommerpause und erscheint Ende September wieder.

**Volker Kauder**  
Vorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion



© Laurence Chaperon

lh

Volker Kauder

# Investitionen in die Zukunft

## Wichtiger Erfolg der Unionsfraktion beim Baukindergeld

»**F**amilien halten unsere Gesellschaft zusammen. Sie zu stärken und zu entlasten ist unser Ziel.« So steht es im Koalitionsvertrag – und diesem Ziel fühlen wir uns aus tiefer Überzeugung verpflichtet. Weil für uns als Unionsfraktion die Förderung von Familien eine zentrale Aufgabe der Politik ist, haben wir in den Koalitionsverhandlungen zahlreiche Maßnahmen durchgesetzt, um das Leben der Familien in Deutschland spürbar zu verbessern.

Eine davon ist das Baukindergeld. Es soll jungen Familien den Weg zu den eigenen vier Wänden leichter machen. Jede Familie, die in Deutschland zum ersten Mal eine Immobilie neu baut oder erwirbt, erhält pro Kind und Jahr 1.200 Euro über einen Zeitraum von zehn Jahren. Das zu versteuernde Haushaltsjahreseinkommen darf dabei 90.000 Euro bei einer Familie mit einem Kind nicht übersteigen. Pro weiterem Kind erhöht sich dieser Betrag um 15.000 Euro. Beim Treffen der Fraktionsspitzen von CDU, CSU und SPD auf der Zugspitze Mitte Mai haben wir zusätzlich beschlossen, dass das Baukindergeld schon rückwirkend ab dem 1. Januar 2018 beantragt werden kann. Niemand soll leer ausgehen, weil er oder sie vielleicht schon in diesem Frühjahr einen Bauantrag gestellt hat.

»Wir wollen die ländlichen Räume stärken.«

In den Verhandlungen über die Umsetzung dieses Beschlusses war dann kurz die Rede davon, dass es für das Baukindergeld aus finanziellen Gründen flächenmäßige Obergrenzen geben sollte. Diese Überlegungen stießen in der Unionsfraktion umgehend auf Widerspruch. Denn Obergrenzen für die Fläche von Häusern oder Wohnungen hätten nicht nur unnötige Bürokratie verursacht. Sie wären auch deshalb ungerecht gewesen, weil Immobilien auf dem Land wegen der günstigeren Grundstückspreise oft größer sind als in der Stadt. Eine Benachteiligung von ländlichen Räumen ist mit der Unionsfraktion aber nicht zu machen, denn wir wollen ja genau das Gegenteil erreichen: die ländlichen Räume stärken.

Es ist deshalb richtig und wichtig, dass sich die Unionsfraktion beim Koalitionsausschuss Ende Juni durchgesetzt hat und die Flächenbegrenzungen vom Tisch sind. Damit halten wir Wort gegenüber jungen Familien, die sich im Vertrauen auf unsere Beschlüsse zum Bau oder Erwerb einer Immobilie entschlossen haben. Erfolgreiche und vertrauenswürdige Politik muss einmal gegebene Zusagen auch einhalten und genau das haben wir getan.

Das gilt auch für die weiteren Maßnahmen zur Stärkung und Entlastung von Familien. Wie im Koalitionsvertrag festgelegt, wird der Kinderfreibetrag in den kommenden beiden Jahren 2019 und 2020 um jeweils 192 Euro erhöht. Und wer den Kinderfreibetrag nicht in Anspruch nimmt, sondern stattdessen Kindergeld bezieht, kann sich ebenfalls über mehr Geld freuen: Ab Mitte 2019 steigt das Kindergeld um zehn Euro pro Monat. Denn wir als Unionsfraktion wissen, dass Familien unsere Gesellschaft zusammenhalten und wir sie deshalb weiter stärken und entlasten müssen.



**Michael Grosse-Brömer**  
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland sinkt weiter. Die Arbeitslosenquote lag laut Statistischem Bundesamt im Mai bei **5,1** Prozent. Danach waren **2,3** Millionen Menschen ohne Arbeit. Das sind **68.000** weniger Arbeitslose als noch im April und rund **182.000** weniger als 2017. Dies entspricht dem niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990. Auch die Zahl der Arbeitssuchenden sank. Gleichzeitig meldet die Bundesagentur für Arbeit rund **793.000** offene Stellen, **78.000** mehr als im Vorjahr. Im Euro-Raum lag die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit im April 2018 laut Eurostat bei **8,5** Prozent und erreichte damit den niedrigsten Wert seit 2008. Vor einem Jahr, im April 2017, lag die Arbeitslosenquote noch bei **9,2** Prozent. EU-weit waren im April diesen Jahres etwa **17,4** Millionen Menschen arbeitslos, **13,8** Millionen davon im Euro-Raum.

# Globalisierung gerecht gestalten

Entwicklungspolitik vor dem Hintergrund des christlichen  
Menschenbildes – Vernetzter Ansatz unabdingbar

**I**n einer globalisierten Welt ist die Zukunft Deutschlands und Europas von Entwicklungen in anderen Erdteilen nicht mehr zu trennen. Die Zunahme an Krisen und Konflikten, die Folgen von Handelskriegen oder des Klimawandels berühren direkt oder indirekt auch die Länder Europas und Nordamerikas. Entwicklungszusammenarbeit, die eine gerechte Gestaltung der Globalisierung zum Ziel hat, gehört zu den vorrangigen Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Auch vor dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes der Fraktion ist die Solidarität mit notleidenden Menschen überall auf der Welt selbstverständlich.

Unterentwicklung, Hunger und Armut auf der Welt lassen die Menschen in Deutschland nicht kalt. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid vom vergangenen Jahr sprachen sich über 90 Prozent der Befragten dafür aus, dass Deutschland bei der Bekämpfung von Armut auf der Welt Verantwortung übernimmt. Die Unionsfraktion steht zu dieser Verantwortung für das Wohlergehen von Menschen auch in Entwicklungs- und Schwellenländern. Dafür müssen dort nicht zuletzt mehr Chancen und Jobs für die junge Generation geschaffen werden.

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD heißt es: »Wir setzen uns für eine dauerhaft friedliche, stabile und gerechte Ordnung in der Welt ein.« Dabei bedient sich die Koalition eines vernetzten Ansatzes, in dem Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik Hand in Hand gehen. Denn nur wenn Konflikte befriedet sind, wenn Terror und Gewalt in einem Land der Vergangenheit angehören, können nachhaltige Lebensperspektiven für die Menschen vor Ort geschaffen werden.

## Ausgaben für Verteidigung und Entwicklung gekoppelt

Der vernetzte Ansatz findet seinen Niederschlag in der Kopplung der Ausgaben für Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit im Koalitionsvertrag. Danach sollen beide Ausgabenblöcke im Verhältnis eins zu eins angehoben werden, wenn Mehreinnahmen zur Verfügung stehen. Die Zielgrößen ergeben sich aus internationalen Vereinbarungen. So haben die NATO-Staaten verabredet, ihre Ausgaben für Verteidigung bis zum Jahre 2024 an zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anzunähern. In der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gilt die sogenannte ODA-Quote in Höhe von 0,7 Prozent des BIP als Ziel.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Gröhe, hält den vernetzten Ansatz für unabdingbar. Sicherheit und Entwicklung seien eng verwoben, sagt er. »Eine Steigerung der globalen und der regionalen Sicherheit erhöht die Entwicklungsperspektiven.« Zum Beispiel könne Entwicklungspolitik in Afghanistan oder Mali nur dann zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen, wenn gleich-

»Sicherheit erhöht  
die Entwicklungs-  
perspektiven.«





Bildung als Schlüssel für eine gute Zukunft: Unterricht in einem mit deutscher Hilfe betriebenen Kindergarten im Fischerdorf Toubab Diallaw im Senegal.



© STR/AFP/Getty Images

Entwicklungshilfe dient der Schaffung guter Lebensbedingungen vor Ort. Hier wird ein Brunnen nahe Bouaké in der Elfenbeinküste gebohrt, um die Stadt nach einer unerwarteten Dürre mit ausreichend Wasser zu versorgen.

zeitig die Bundeswehr mit den verbündeten internationalen Truppen ihren Beitrag zur Sicherheit leiste. Es sei »weltfremd zu glauben, man könne die Bundeswehreinsetze beenden und mit dem eingesparten Geld die Entwicklungspolitik hochfahren«. Umgekehrt entziehe eine gute Entwicklung von Ländern Konflikten und Radikalisierungstendenzen den Boden.

### Ausgaben seit 2005 um 230 Prozent gestiegen

Im laufenden Jahr umfasst der Haushalt des Entwicklungsministeriums von Gerd Müller (CSU) einen Rekordwert von 9,44 Milliarden Euro. Das entspricht einer Steigerung von rund 900 Millionen gegenüber 2017. Seit dem Amtsantritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahre 2005 wurden die Entwicklungsausgaben sogar um mehr als 230 Prozent gesteigert – nach sieben Jahren Stagnation unter der rot-grünen Vorgängerregierung, die nur vier Milliarden Euro für Entwicklungspolitik ausgab. Die ODA-Quote liegt derzeit bei 0,5 Prozent. Das bedeutet, dass künftig noch mehr Mittel in den Etat fließen müssen.

»Zusätzliche finanzielle Spielräume sind jetzt da!«

Hermann Gröhe (CDU) warnt jedoch, dass im Haushalt des kommenden Jahres eine Absenkung auf 0,47 Prozent drohe, wenn im parlamentarischen Verfahren nicht nachgebessert werde. Er erinnert daran, dass laut Koalitionsvertrag zusätzliche Haushaltsspielräume »prioritär« für Verteidigung und Entwicklung eingesetzt werden sollen. Angesichts umfangreicher Steuermehreinnahmen mahnt er: »Diese Spielräume sind jetzt da!«

Gleichzeitig betont er, die Einhaltung von Quoten sei kein Selbstzweck. Das Geld müsse wirksam für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den bedürftigen Ländern eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang weist er auf den Marshallplan mit Afrika und Reformpartnerschaften hin, Instrumente zur

Förderung reformwilliger Länder. Dabei gehe es um Wertschöpfung und um gute Arbeitsplätze, aber auch um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte. Ob die Menschenrechte eingehalten würden, lässt sich laut Gröhe gut daran ablesen, wie in den betreffenden Staaten mit Frauen und Mädchen umgegangen werde oder etwa mit Gläubigen, die einer Minderheitsreligion angehörten. Mit dem CDU-Abgeordneten Markus Grübel hat die Bundesregierung auf Drängen der Unionsfraktion erstmals einen Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit berufen, dessen Stelle sinnvollerweise im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angesiedelt ist.

# Marshallplan mit Afrika

## EU und Deutschland gehen Reformpartnerschaften ein – Mehr Eigenverantwortung gefordert

**W**as als Marshallplan bekannt ist, war ein gigantisches Wiederaufbauprogramm der USA für das nach dem Zweiten Weltkrieg in Trümmern liegende Westeuropa. Die Milliarden US-Dollar, von denen auch ein Gutteil nach Westdeutschland floss, waren die Grundlage für den damaligen Wirtschaftsboom. Der sogenannte Marshallplan mit Afrika ist nun das Angebot Deutschlands und Europas, die Reformagenda 2063 der Afrikanischen Union zu unterstützen, um den Nachbarkontinent politisch und wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen. Europa und Afrika wollen dabei weg von der alten Rollenverteilung in »Geber« und »Nehmer« – hin zu einer neuen Partnerschaft, die beiden Seiten nutzt.

In Afrika leben derzeit 1,2 Milliarden Menschen, davon die Hälfte jünger als 25 Jahre. Bis zum Jahre 2050 wird sich die Bevölkerung voraussichtlich verdoppeln – auf dann 20 Prozent der Weltbevölkerung. Jedes Jahr werden rund 20 Millionen Jobs gebraucht, um vor allem für die Jugend Afrikas Perspektiven zu schaffen. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt daher auf einem Dreiklang aus Bildung/Ausbildung, wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeit. Die afrikanischen Staaten selbst müssen dabei mehr Eigenverantwortung übernehmen. Auch die Privatwirtschaft soll stärker investieren, denn alle staatlichen Gelder der Welt alleine werden den Finanzbedarf nicht decken.

Europa wiederum will künftig verstärkt mit jenen Staaten zusammenarbeiten, die sich als verlässlich erweisen. Statt Hilfgelder nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen, sollen Reformländer zielgerichtet unterstützt werden – also solche Länder, die sich an rechtsstaatlichen Prinzipien orientieren, privatwirtschaftliche Investitionen erleichtern, Steuereinnahmen in die Infrastruktur stecken und der Korruption den Kampf ansagen.



Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende und damalige Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (3.v.r.) sowie Entwicklungsminister Gerd Müller (2.v.r.) bei einem Besuch in Ghana 2015, wo sie mit Schweißer- und Elektriker-Lehrlingen zusammenkamen.

Deutschland unterstützt Côte d'Ivoire, Ghana und Tunesien im Rahmen von Reformpartnerschaften. Dafür wurden 2017 rund 365 Millionen Euro zugesagt. Damit die afrikanischen Länder mehr eigene Einnahmen generieren, müssen mehr gut bezahlte Jobs entstehen. Zudem unterstützt Deutschland sie bei der Ausbildung von Steuerbeamten, beim Aufbau von Finanzministerien und Rechnungshöfen. Hilfe bekommen afrikanische Staaten auch für die Stärkung eigener privatwirtschaftlicher Entwicklung, den Ausbau erneuerbarer Energien zur Deckung des wachsenden Strombedarfs und für den Ausbau der Infrastruktur – um nur einige Punkte zu nennen.

Großen Wert legt Deutschland auch auf Bildung und berufliche Ausbildung, um den Fachkräftemangel in Afrika zu beseitigen, der die wirtschaftliche Entwicklung behindert. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf einer verbesserten Berufsausbildung für Frauen und Mädchen.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Volkmar Klein (CDU), bedauert, dass der Effekt der Entwicklungszusammenarbeit in wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht bisher unbefriedigend sei. »Das westliche Demokratiemodell hat sich in den meisten Entwicklungsländern nicht durchgesetzt und wird vielfach auch nicht mehr als Vorbild anerkannt«, sagt Klein. Die Entwicklungszusammenarbeit müsse darauf reagieren.

Stärker als bisher müssen auch die verschiedenen Politikfelder – neben der Außen-, der Verteidigungs- und der Wirtschaftspolitik etwa auch die Bildungs- und Gesundheitspolitik – im Zusammenhang betrachtet werden. Nur so werden Zielkonflikte vermieden. Durch die Migrationsströme aus Entwicklungsländern in Industrieländer ergäben sich auch Berührungspunkte zur Innenpolitik.

Klein betont, dass die schnell wachsenden Bevölkerungen in vielen Entwicklungsländern – insbesondere Afrikas – Lebens- und Arbeitsperspektiven in ihrer Heimat brauchten. Massenauswanderung sei keinesfalls die Lösung. Sie untergrabe nicht nur die Entwicklungschancen der Herkunftsländer, sie stelle auch die Gesellschaften in den Zielstaaten vor Zerreißproben. Deshalb sei auch Fluchtursachenbekämpfung ein wichtiger Aspekt.

Gröhe sagt: »Es ist unsere ethische Verpflichtung zu helfen.« Jede Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort, insbesondere die Schaffung guter Arbeitsplätze, trage dazu bei, dass Menschen für sich eine Zukunft in

ihrer Heimat sehen, betont der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Auch wenn Deutschland Nutzen aus einer solchen Politik ziehe: »Den größten Vorteil von erfolgreicher Fluchtursachenbekämpfung und erfolgreicher globaler Sicherheitspolitik haben die Menschen, die nicht zu Konfliktopfern und Flüchtlingen werden.« Klein pflichtet ihm bei: Entwicklungspolitik dürfe durchaus auch Deutschland nutzen. Im Vordergrund müssten aber positive Effekte in den Partnerländern stehen.

»Perspektiven in Entwicklungsländern ergeben sich, wenn die materiellen Lebensgrundlagen gut sind. Einkommenschancen kann aber vor allem die private Wirtschaft bieten«, sagt der entwicklungspolitische Sprecher. Deshalb müsse die Wirtschaftsförderung stärker in den Fokus rücken. Auch Partnerschaften mit deutschen Unternehmen sollten eine größere Rolle spielen.

Besonders betont Klein die Bedeutung der Bildung für die Entwicklung. »Ohne Bildung keine Jobs, keine Chancen, keine Entwicklung«, sagt er.

Bildung sei ein Schwerpunkt des Marshallplans mit Afrika, Bildung gehöre zu den Zielen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die die internationale Staatengemeinschaft 2015 verabschiedet hat. Die Agenda geht nicht länger von der Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens als Gradmesser für Wohlstand und Entwicklung aus, sondern umfasst soziale, wirtschaftliche und umweltpolitische Kriterien gleichermaßen. Auch das Pariser Klimaabkommen ist ein wichtiger Baustein für die Entwicklungszusammenarbeit.

»Ohne Bildung keine Jobs, keine Chancen, keine Entwicklung«



Spielende Kinder im Flüchtlingslager Al Asrak: Jordanien hat 600.000 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Das Land wird über Programme unter anderem zu Bildung und Beschäftigung von Deutschland gefördert. Auch aufnehmende Gemeinden erhalten Hilfe bei der Unterbringung von Flüchtlingen.

# Wir schaffen Perspektiven

Von *Tanja Gönner*, Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

**I**nternationale Zusammenarbeit ist heute wichtiger denn je: Sie ist strukturbildend, divers und braucht oft einen langen Atem. Sie ist wichtig, wenn es um Klimaschutz und den Erhalt natürlicher Ressourcen geht. Es braucht sie für eine bessere Gesundheitsversorgung und Ernährung. Und sie lohnt sich, denn es geht um die Verbesserung der Lebensbedingungen und damit um die Perspektiven von Millionen Frauen, Männern und Kindern in rund 120 Ländern. Darum setzen wir uns als GIZ im Auftrag der Bundesregierung für eine nachhaltige Entwicklung ein.

Aus unserer Studie »Deutschland in den Augen der Welt« geht hervor, dass unser Land im Ausland für seine Haltung in Flüchtlingsfragen sehr geschätzt wird. Wir sind froh, mit unserer Arbeit dazu beizutragen. Denn eine unserer Aufgaben ist es, Flüchtlinge dort zu unterstützen, wo sie einen temporären Unterschlupf gefunden haben – meist innerhalb des eigenen Landes oder in einem Nachbarland, das oft selbst zu den ärmeren dieser Welt zählt. Deshalb richtet sich unsere Arbeit immer sowohl an Flüchtlinge als auch an aufnehmende Gemeinden, um eine gute Basis für das Zusammenleben zu schaffen.

Unser Ansatz: Wir verbinden schnelle Hilfe mit mittel- und langfristigen strukturbildenden Projekten, damit die aufnehmenden Länder in der Lage sind, mit der zusätzlichen Belastung zurechtzukommen. Zwischen 2010 und 2015 sind so Perspektiven für weltweit fast 4,5 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebene entstanden. Hinzu kommt die Unterstützung für 3,8 Millionen Bewohner von Gemeinden, in denen Flüchtlinge Zuflucht gefunden haben.

## Beschäftigungsoffensive für Nahost

Ein starker Fokus liegt derzeit auf den Ländern rund um Syrien, wo wir für Jobs, Bildung und sichere Unterkünfte sorgen. Dazu trägt die Beschäftigungsoffensive Nahost bei, die die GIZ seit 2016 gemeinsam mit der KfW für die Bundesregierung umsetzt. So konnten im vergangenen Jahr in Syriens Nachbarländern rund 85.000 Jobs über direkt entlohnte Beschäftigungsmaßnahmen geschaffen werden. Flüchtlinge und Bewohner aufnehmender Gemeinden



erhalten durch diese Cash-for-Work-Maßnahmen schnell verfügbares Einkommen. Ihre Jobs sind vielfältig: Sie bauen Straßen, renovieren Schulen und setzen Abwasserkanäle instand. Von dem Lohn können die Familien zum Beispiel zusätzliches Essen, Medikamente oder Schulhefte für ihre Kinder kaufen. Natürlich reicht das alleine nicht. Aber es verbessert ganz unmittelbar die Lebenssituation dieser Menschen.

## Unsere Arbeit wirkt

Auch wenn der Konflikt in Syrien hier in Europa besonders präsent ist, bildet er nur einen Teil der weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen ab. In Afrika haben allein im vergangenen Jahr 25 Millionen Menschen ihre Heimat ver-

lassen auf der Suche nach Jobs und Einkommen. Weitere 20 Millionen sind vor Krieg und Konflikten geflohen. Mit unserer Arbeit unterstützen wir diese Menschen, Perspektiven vor Ort zu finden, dazu gehört Bildung für ihre Kinder, Ausbildung für die Jugendlichen und ein Einkommen, um sich zu ernähren.

Deshalb verbessern wir etwa den Ertrag von Kleinbauern, stärken Klein- und Kleinstunternehmen und belassen die Verarbeitung im Land – mit Hilfe starker Partner aus der Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft. So profitieren über zehn Millionen Menschen davon, dass die GIZ im Auftrag der Bundesregierung Anbau und Verarbeitung von Kakao, Cashewnüssen, Baumwolle und Reis in 14 afrikanischen Ländern verbessert. Das zeigt: Unsere Arbeit wirkt – und leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass Deutschland Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung weltweit übernimmt.

### Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer  
(verantw.)

T 030. 227-5 30 15  
F 030. 227-5 66 60  
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.





# Die »schwarze Null« als Markenzeichen

Der Bundeshaushalt 2018 setzt klare Schwerpunkte



© Julia Nowak

Die Haushaltsplanung des Bundes trägt die Handschrift der Union, die auf Solidität setzt. Nur so entstehen finanzielle Spielräume für künftige Generationen.

tionsverhandlungen haben CDU und CSU durchgesetzt, dass die solide und zukunftsorientierte Politik von Wolfgang Schäuble fortgeführt wird. Das bedeutet: keine neuen Schulden bis mindestens 2022 – und natürlich auch keine Steuererhöhungen. »Finanzminister Olaf Scholz von der SPD übernimmt von Wolfgang Schäuble (CDU) deshalb eine Etatpolitik, die vor allem auf eines setzt: Solidität. Dafür steht die schwarze Null. Es ist das Markenzeichen, an dem man festhalten will«, kommentierte unlängst der Berliner »Tagesspiegel« die Haushaltspolitik der großen Koalition.

Nach den aktuellen Prognosen wird die Schuldenquote Deutschlands 2019 erstmals seit 2002 wieder unter die im EU-Stabilitätspakt vorgeschriebene Marke von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sinken. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ist den unionsgeführten Bundesregierungen damit ein beeindruckender Erfolg bei der Sanierung der öffentlichen Haushalte gelungen. Auch die meisten Sozialkassen befinden sich in hervorragender Verfassung. Indem die Schuldenlast für die nächste Generation nicht weiter ansteigt, entstehen finanzielle Spielräume für künftige Herausforderungen.

### Bildung und Forschung wichtiger Schwerpunkt

»Wir stehen auch in dieser Koalition zur schwarzen Null«, betont Fraktionsvize Brinkhaus. Gleichwohl setzt der Bundeshaushalt 2018 klare finanzielle Schwerpunkte für Zukunft und Wachstum: Die Investitionen steigen gegenüber 2017 von 34 auf 37 Milliarden Euro, die Ausgaben für Bildung und Forschung bleiben mit einem Volumen von 17,6 Milliarden Euro auf hohem Niveau. Zur Erinnerung: seit die Union 2005 die Leitung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung übernommen hat, wurde dessen Etat mehr als verdoppelt.

In ihrem Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und SPD für diese Legislaturperiode auf politische Schwerpunkte mit einem Volumen von 46 Milliarden Euro verständigt. In der Haushaltsplanung für die kommenden

Jahre werden diese Grundsatzentscheidungen konsequent umgesetzt. Baukindergeld, Kita-Ausbau, Ganztagschulen, sozialer Wohnungsbau, Stärkung der ländlichen Räume, Unterstützung der Kommunen, Breitbandausbau lauten die entsprechenden Stichworte. Rund

jeder zweite Euro wird für die soziale Sicherung ausgegeben: Rente, Gesundheit, Unterstützung von Arbeitslosen.

**F**ür Ralph Brinkhaus, den Vize-Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag, lässt sich die finanzielle Lage des Bundes auf einen einfachen Nenner bringen: »Es geht uns gut«, sagte der CDU-Politiker Brinkhaus Mitte Mai in der Haushaltsdebatte des Bundestags. »Seit 2014 haben wir ausgeglichene Haushalte. Die Finanzplanung ist auch ausgeglichen. Europa und die Welt beneiden uns darum.« Der Bundestag verabschiedet den Etat für das laufende Jahr in der ersten Juli-Woche.

Auch nach der Übergabe des Finanzministeriums an die SPD trägt die Haushaltsplanung des Bundes weiter die Handschrift der Union. In den Koali-

»Die Welt beneidet uns um unsere Haushaltssituation.«

Vor allem auf Betreiben von CDU und CSU hat die Koalition in dieser Legislaturperiode aber nicht nur neue Ausgaben geplant, sondern auch eine spürbare Entlastung der Steuerzahler, Familien und Arbeitnehmer durch den Abbau des Solidaritätszuschlags und den Ausgleich der kalten Progression. Neben der deutlichen Anhebung des Kindergelds um 25 Euro spielt auch das Baukindergeld eine zentrale Rolle. Mit Blick auf den Haushalt 2018 spricht die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Antje Tillmann, von einem »Gleichklang von Schuldenreduktion, Investitionen und Entlastung der Bürgerinnen und Bürger«.

## »Gleichklang von Schuldenreduktion, Investitionen und Entlastung«

### Massive Unterstützung für Länder und Kommunen

Nicht nur der Bundeshaushalt präsentiert sich in hervorragender Verfassung. Aller Voraussicht nach werden auch die 16 Bundesländer in diesem Jahr ausgeglichene Haushalte und Überschüsse erwirtschaften. Das hat viel mit der Bundespolitik zu tun, denn in den vergangenen Jahren haben die Länder und Kommunen massive Unterstützung vom Bund erhalten. »Allein in der vergangenen Legislaturperiode haben wir zusätzlich fast 100 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt an die Länder überwiesen,« rechnet der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eckhardt Rehberg (CDU), vor. »Und das geht so weiter. Im Koalitionsvertrag erhalten die Länder und Kommunen ungefähr die Hälfte der prioritären Maßnahmen von 46 Milliarden Euro.«

Ein zentrales Thema ist dabei der Wohnungsbau, denn Union und SPD haben sich im Koalitionsvertrag auf das Ziel verständigt, in den nächsten vier Jahren den Bau von 1,5 Millionen neuer Wohnungen zu ermöglichen. »Wir brau-

# »Neue Schulden lehnen wir kategorisch ab«

Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eckhardt Rehberg, über Prinzipien und Prioritäten

**H**err Rehberg: Manche sagen, der Bundeshaushalt stehe nur wegen der niedrigen Zinsen so gut da. Stimmt das?

Rehberg: Natürlich profitieren auch die öffentlichen Haushalte vom niedrigen Zinsniveau. Doch die historische Trendwende zu ausgeglichenen Haushalten und zu Überschüssen ist uns auch deshalb gelungen, weil wir als Union Disziplin in der Haushaltspolitik zeigen und gleichzeitig klare politische Schwerpunkte setzen.

Zu den Etats, die seit 2005 deutlich ansteigen, gehört zum Beispiel derjenige für Bildung und Forschung.

Rehberg: Ja, denn wir setzen im Bundeshaushalt Prioritäten. Von Bildung und Forschung hängt unser Wohlstand in der Zukunft ab. Deshalb war und ist es richtig, die Investitionen in diesem Bereich kontinuierlich zu steigern.

Es gibt auch Ratschläge, noch mehr zu investieren und vielleicht sogar neue Schulden zu machen.

Rehberg: Neue Schulden lehnen wir kategorisch ab, denn sie sind eine Belastung für nachfolgende Generationen. Mit einem Volumen von rund 37 Milliarden Euro liegen die Investitionen auf Rekordniveau. Im Übrigen haben wir ge-

genwärtig auch kein Finanzierungsproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Bereitgestellte Mittel in Milliardenhöhe werden nicht abgerufen.

### Woran liegt das?

Rehberg: Oft fehlen die Planungskapazitäten, sinnvolle Projekte schnell auf den Weg zu bringen. Aber wir müssen auch das Planungsrecht entrümpeln. Viele Vorschriften sind sicher gut gemeint, verzögern aber notwendige Vorhaben.

chen mehr finanzierbaren Wohnraum. Dabei ist uns ein gesunder Mix aus Eigentum und Miete wichtig«, sagt die CDU-Politikerin Antje Tillmann. Investitionen seien nicht nur gut, wenn sie vom Staat kommen, »sondern auch dann, wenn sie von der privaten Wirtschaft oder von Privatpersonen getätigt werden«. Neben dem Baukindergeld soll es deshalb in diesem Jahr eine steuerliche Sonderabschreibung für den Neubau von Mietwohnungen geben.

### Mehr Spielraum für die nächsten vier Jahre

Aus dem Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2018 ergibt sich für den Bundeshaushalt ein zusätzlicher Spielraum von rund 10,8 Milliarden Euro für die Jahre 2018 bis 2022. Die CDU/CSU-Fraktion hält es für richtig, einen Teil dieser Summe zur Vorfinanzierung des geplanten Digitalfonds für Schulen und als Vorsorge für den Abbau der kalten Progression bis 2022 zu verwenden, wie es auch Finanzminister Olaf Scholz vorgeschlagen hat. Beide Vorhaben gehen schließlich auf Initiativen der Union zurück und sind im Koalitionsvertrag verankert.

Für die CDU/CSU-Fraktion ist es aber auch von zentraler Bedeutung, dass die Spielräume im Bundeshaushalt gemäß der Vereinbarung im Koalitionsvertrag eins zu eins für die Bereiche Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit verwendet werden. »Darauf werden wir gegenüber dem Bundesfinanzminister bestehen«, betont der CDU-Haushälter Eckhardt Rehberg. »Es gibt keine weiteren Ausflüchte.«

»Wir brauchen mehr finanzierbaren Wohnraum.«

 Bundestagsdrucksache  
19/1700

**Eckhardt Rehberg**  
Haushaltspolitischer Sprecher  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



**Nach der jüngsten Steuerschätzung kann der Bundeshaushalt mit erheblichen Mehreinnahmen rechnen. Wo sollten aus Ihrer Sicht die Prioritäten liegen?**

Rehberg: Es ist richtig, die kalte Progression weiter abzubauen, denn das ist ein Kernanliegen der Union, das schon vom früheren Finanzminister Wolfgang Schäuble konsequent umgesetzt wurde. Darüber hinaus muss aber auch für die Bereiche Verteidigung und humanitäre Hilfe/Entwicklungszusammenarbeit mehr Geld bereitgestellt werden. Wenn man

es beim aktuellen Haushaltsansatz des Bundesfinanzministers beließe, würde aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung der Anteil des Verteidigungshaushalts am Bruttoinlandsprodukt sogar sinken. Das dürfen wir nicht zulassen.

# »Daten sind der Rohstoff der Zukunft«

Nadine Schön über die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Künstlichen Intelligenz

**D**er Bundestag hat Ende Juni eine Enquete-Kommission zur Künstlichen Intelligenz (KI) eingesetzt, die sich sowohl mit der gesellschaftlichen Verantwortung als auch mit den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Potenzialen befassen wird. Die Enquete-Kommission soll im Spätsommer 2020 ihre Handlungsempfehlungen vorlegen. Über Chancen und Risiken selbstlernender Maschinen sowie den politischen Handlungsbedarf sprach »Fraktion direkt« mit der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Nadine Schön.

## **Frau Schön, wozu braucht es eine Enquete-Kommission?**

Schön: Künstliche Intelligenz ist mehr als ein Hype. KI ist inzwischen der größte Treiber der Digitalisierung und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Angesichts der enorm wachsenden Datenmengen, der immer größeren Leistungsfähigkeit der Rechner und der immensen Summen, die in diesen Bereich investiert werden, sind in immer kürzeren Abständen weitere Durchbrüche zu erwarten.

Insofern müssen wir auch als Gesetzgeber die Weichen richtig stellen. Wir müssen unsere Rolle national, europäisch und global sowie wirtschaftlich, gesellschaftlich und ethisch definieren. Das ist eine Mammutaufgabe. Das besondere Format einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag ist dafür bestens geeignet. Hier werden 19 Abgeordnete und genauso viele Sachverständige diskutieren, an welchen Stellen es Handlungsbedarf gibt.

## **Welchen Nutzen ziehen die Menschen denn aus der KI?**

Schön: Schon heute nutzen die Bürger im Alltag Künstliche Intelligenz, um sich das Leben zu erleichtern. Denken Sie an die digitalen Sprachassistenten »Siri« im iPhone oder »Alexa« von Amazon. Aber auch deutsche Unternehmen haben hier tolle Angebote, wie das Start-up »DeepL« – ein Online-Übersetzungsdienst, der sich mit großen amerikanischen Anbietern durchaus messen lassen kann.

Gesellschaftlich bedeutsamer sind aber Bereiche wie Mobilität, Medizin oder Nahrungsmittelproduktion. So können wir mit KI den Verkehrsfluss lenken und Fahrzeiten verkürzen. Automatische Bilderkennung erleichtert die Diagnostik von Krankheiten, beispielsweise Hautkrebs. In der Landwirtschaft hilft KI, jeden Hektar optimal zu bewirtschaften, also die Ernten und die Gewinne daraus zu maximieren.

## **Und welche Risiken sehen Sie?**

Schön: Künstliche Intelligenz ist nur ein Werkzeug. Und wie jedes Werkzeug kann es nicht nur genutzt, sondern auch missbraucht werden. Zum Beispiel kann man KI dazu einsetzen, Meinungen gezielt zu beeinflussen – was nicht nur in Wahlkämpfen eine Rolle spielt. KI kann Fotos und Videos verfälschen und so einen Beitrag zur Verbreitung von »fake news« leisten. Hier kommt wieder die Politik ins Spiel: Es ist wichtig, dass wir Leitplanken feststecken.

## **Wie kann Deutschland Weltmarktführer in Sachen KI werden?**

Schön: Da spielt natürlich Forschung eine ganz große Rolle. Die Ausgangslage in Deutschland ist sowohl bei der Grundlagenforschung als auch bei der angewandten Forschung gut. Die Bundesregierung beteiligt sich daran seit 30 Jahren. Mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) verfügen wir heute über das größte KI-Institut weltweit. Das DFKI, aber auch die Fraunhofer Gesellschaft tragen zur Gründung von Start-ups bei. Sie sorgen auch dafür, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Anwendung in der Wirtschaft kommen. Hier müssen wir am Ball bleiben.

Wir wollen eine schnellere Wertschöpfung. Ein entscheidendes Stichwort ist Wachstum. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode schon vie-



**Nadine Schön**  
Stellvertretende Vorsitzende der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

© Tobias Koch

## »Wir wollen eine schnellere Wertschöpfung.«

le Maßnahmen getroffen, die das Gründen und Wachsen innovativer Unternehmen in Deutschland erleichtern. Über einen großen nationalen Digitalfonds wollen wir zusammen mit der Industrie noch mehr privates Kapital sammeln, um auch in Deutschland größere Wachstumsrunden stemmen zu können. Gründungen wollen wir auch durch einen »One-Stop-Shop« erleichtern, das heißt, wir schaffen *einen* Ansprechpartner für den gesamten Gründungsprozess.

### Was passiert mit den riesigen Datenmengen, die anfallen?

#### Kann man Datenschutz überhaupt noch gewährleisten?

Schön: Die Datenmenge, die die Rechner brauchen, um selbst »lernen« zu können, ist in der Tat gigantisch. Die jährliche Wachstumsrate aller Daten wird bis 2025 bei 30 Prozent liegen. 2025 werden einer Studie zufolge weltweit rund 164 Zettabyte an Daten generiert. Das ist eine Zahl mit 21 Nullen! Man kann also wirklich sagen: Daten sind der Rohstoff der Zukunft.

Wenn wir über Daten reden, müssen wir unterscheiden zwischen personenbezogenen und Maschinen-Daten. So werden etwa bei der Kommunikation zwischen Maschinen Produktionsdaten ausgetauscht, mit denen beispielsweise Bestellungen

ausgelöst werden, wenn nötige Vorprodukte nicht mehr ausreichend vorhanden sind. Hier können Unternehmen untereinander vertraglich regeln, wer wann wie auf die Daten zugreifen kann. Ob es hier anderer Regeln bedarf oder ob es eine bessere Missbrauchskontrolle geben muss, werden wir in der Enquete besprechen.

Die Nutzung personenbezogener Daten ist sensibler. Wir brauchen einen Ausgleich zwischen dem grundrechtlich gewährleisteten Persönlichkeitsschutz und der Möglichkeit zur Datennutzung für Wachstum und Wohlstand. Mit der europäischen Datenschutzgrundverordnung, die seit Mai 2018 überall in der EU gilt, haben wir zumindest einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen. Anwendungen auf der Basis von KI, Blockchain oder Big Data wurden hier aber kaum mitgedacht. Das ist in meinen Augen ein großes Problem. Deswegen haben wir uns bereits im Koalitionsvertrag für ein Innovationsboard auf EU-Ebene ausgesprochen. Hier sollen konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Datenschutzregeln erarbeitet werden. Aber auch die Enquete-Kommission muss sich darüber unterhalten, wie ein moderner Datenschutz aussehen soll.

 **Bundestagsdrucksache**  
19/2978



# Neuer Klageweg für Verbraucher

## Fragen und Antworten zur Musterfeststellungsklage

Verbraucher sollen ihre Rechte gegenüber Unternehmen künftig besser durchsetzen können. Ab dem 1. November bekommen sie dafür das Instrument der »Musterfeststellungsklage«, das am 14. Juni vom Bundestag verabschiedet wurde. »Fraktion direkt« erklärt, worum es dabei geht.

### Was bedeutet »Musterfeststellungsklage«?

Grundsätzlich muss nach deutscher Rechtsordnung jeder Einzelfall vor Gericht individuell geklärt werden, denn wer einen Anspruch gegen jemand anderen geltend macht, muss diesen auch nachweisen können. Das kann bei komplexen Rechtsfragen für den einzelnen Kläger langwierig und teuer werden. Ein Musterfeststellungsverfahren erlaubt es deshalb, Fragen, die viele Kläger gleichermaßen betreffen, zu bündeln und in einem einzigen Verfahren zu entscheiden. Das erleichtert den Klägern die Durchsetzung ihrer Ansprüche deutlich.

Das Gericht trifft also »musterhaft« eine Feststellung darüber, wer die Verantwortung in einem Schadensfall trägt. Diese grundsätzliche Feststellung gilt dann in den einzelnen Verfahren der geschädigten Kläger als Tatsache, sprich: die Kläger müssen diese Anspruchsvoraussetzungen nicht mehr

extra nachweisen. Das Gericht hat hier letztlich nur noch zu klären, in welchem Umfang der Kläger betroffen war und welche Entschädigung er dafür erhält. Das spart den Betroffenen Zeit und Geld und mindert ihr Prozessrisiko deutlich.

Das Musterfeststellungsverfahren gibt es bereits für den Bereich von Kapitalmarktstreitigkeiten. Ab November wird es auch für Verbraucher eingeführt. Die Klage selbst führt – für den Verbraucher kostenlos – ein Verbraucherschutzverband.

### Welche Klagen eignen sich für ein Musterverfahren?

Musterverfahren sind dann sinnvoll, wenn ein einziger Schadensfall viele Verbraucher gleichermaßen betrifft. Gutes Beispiel ist der VW-Abgasskandal: Von der Software, die die Abgasreinigung manipuliert, ist eine Vielzahl von Kunden betroffen. Einigen Autos droht die Stilllegung. Andere verlieren an Wert. Da in diesem Zusammenhang noch viele tatsächliche und rechtliche Fragen zur Software und zur Haftung ungeklärt sind, bietet sich eine Musterfeststellungsklage gegen den Autobauer an, bei der alle geschädigten VW-Kunden ihre Ansprüche anmelden können. Das Musterfeststellungsurteil über diese Fragen gilt dann am Ende für alle.

### Welche Verbände dürfen klagen?

Grundsätzlich dürfen alle beim Bundesamt für Justiz registrierten Verbraucherschutzverbände Klage einreichen. Da eine Musterfeststellungsklage Auswirkungen auf die Ansprüche vieler Verbraucher hat, muss garantiert sein, dass nur Verbände klagen dürfen, die solche umfangreichen Verfahren zu führen in der Lage sind. Daher müssen gelistete Verbraucherschutzverbände eine Reihe weiterer Anforderungen erfüllen. So müssen sie seit längerem bestehen, einen höheren Organisationsgrad und eine breite Mitgliederbasis aufweisen.

### Wie wird verhindert, dass eine Klageindustrie entsteht?

Klagebefugt sind nur registrierte Verbraucherschutzverbände, die die oben genannten Voraussetzungen erfüllen. Anwaltskanzleien aus dem In- und Ausland können nicht klagen. Außerdem kann das Gericht bei Zweifeln an der Seriosität eines Verbandes verlangen, dass dieser offenlegt, wie er den Prozess finanzieren will. Damit soll konsequent ausgeschlossen werden, dass ein Verband eigene wirtschaftliche Interessen verfolgt.

# #10minLIVE – Mit Bürgern im Dialog bleiben

Aktuelle Themen im neuen Online-Format

»**W**elche Fragen brennen Ihnen auf den Nägeln? Was wollen Sie von der Unionsfraktion wissen?« So lauten stets die Aufrufe an die Facebook-Nutzer, wenn die Online-Kommunikation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine neue Ausgabe ihres Digitalformats #10minLIVE plant. Was dann folgt ist ein intensives Live-Gespräch zu aktuellen Themen wie der Flüchtlingspolitik, der schwierigen Lage in Nahost oder der Frage, ob Roboter künftig unsere Arbeit machen werden. Immer mit dabei sind Experten der Unionsfraktion, die leidenschaftlich über ihre Themen und politischen Vorhaben diskutieren.

Die Live-Sessions bei Facebook finden an Orten mit authentischer Atmosphäre statt: sei es die Halle des Paul-Löbe-Hauses oder der Fraktions-sitzungssaal im Reichstagsgebäude. Für die Umsetzung braucht es nicht viel: einen Moderator plus Laptop, eine stabile Internetverbindung, Kameras und Mikrofone. So ausgestattet heißt es dann »Feuer frei« für die politisch interessierten Internetnutzer. Ihren Fragen stellten sich bislang die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Johann David Wadephul, Stephan Harbarth, Carsten Linnemann und Nadine Schön, die Vorsitzende der AG Gesundheit, Karin Maag, der Vorsitzende der AG Außen, Jürgen Hardt, und der Innenpolitiker Philipp Amthor.

Mit dem neuen Format folgt die Unionsfraktion dem Trend einer transparenten und interaktiven Außen-darstellung: kurz und kompakt wird bei #10minLIVE über die Arbeit im Bundestag berichtet. In den rund 10- bis 15-minütigen Videos wird die Position der Fraktion zu aktuellen Fragen wie den US-Strafzöllen, dem Atomabkommen mit dem Iran, den Herausforderungen bei der Digitalisierung, der Pflegereform oder der Asylpolitik erläutert. Eines steht dabei immer im Mittelpunkt: Politik soll für die Menschen nachvollziehbar und verständlich sein.

Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist kaum bewusst, wie die politische Arbeit aussieht und was »die da oben« eigentlich machen. Ihre Abgeordneten konnten sie dazu bisher vor allem in den Bürgersprechstunden in deren Wahlkreisen mit Fragen und Anliegen konfrontieren. Mit dem neuen Format intensiviert die Unionsfraktion den



Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Hardt, beantwortet in #10minLIVE Fragen der Bürger.

Austausch zwischen Politik und Bürgern. Im Idealfall erreicht sie Internetnutzer, die sich bislang wenig für Politik interessierten, und kann neue Zielgruppen für die Union begeistern.

Die Zahlen sprechen für sich: Über 42.000 Menschen folgen bereits dem Auftritt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei Facebook – sie lesen Hintergrundinformationen, teilen Statements oder empfehlen ihren Freunden animierte Grafiken. Sie diskutieren kritisch und engagiert. Und immer häufiger nutzen sie #10minLIVE als zusätzlichen Kanal, um mit Unionspolitikern ins Gespräch zu kommen. So verfolgen bis zu 5.000 Facebook-Nutzer die regelmäßig angebotene interaktive Gesprächsreihe.



## Porträt eines halben Jahrhunderts

Arno Geiger

**Es geht uns gut**

Carl Hanser Verlag:  
München, 2005

Dies ist eher eine Empfehlung, einen Autor kennenzulernen als ein bestimmtes Werk von ihm. Es geht um Arno Geiger, einen österreichischen Autor, Jahrgang 1968, der seit 15 Jahren in schöner Regelmäßigkeit Bücher vorlegt, deren Lektüre immer wieder lohnt und die auch zu recht gelobt werden.

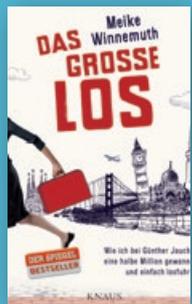
Zuletzt erschien von ihm »Unter der Drachenwand«, ein Roman über Menschen in der Endphase des Zweiten Weltkriegs, ihre Ängste, ihre Hoffnungen in einer existenziellen Zeit. Berührend ist sein bekanntes Buch über seinen an Demenz erkrankten Vater »Der alte König in seinem Exil« von 2011, präzise geschildert seine Ehegeschichte »Alles über Sally« von 2010.

Mein Lieblingsbuch von Arno Geiger bleibt aber sein erster Band aus dem Jahr 2005 »Es geht uns gut« – die Geschichte seiner Wiener Familie über drei Generationen. In Episoden schildert Geiger über 50 Jahre hinweg diese Familie und es entsteht dabei – was bei solchen Bemühungen immer wünschenswert ist – das Porträt eines halben Jahrhunderts, beginnend mit dem Jahr 1938. Liebevoll beschreibt Geiger insbesondere die Großmutter Alma, ihren Blick auf ihre nachlassenden Kräfte, den langsamen Zerfall ihres Mannes Richard, der einst als Politiker die Welt aus den Angeln heben konnte. Eine großartige Miniatur gleich zu Beginn des Buches, die aber schon die Qualität des Autors zeigt.

Geiger hat 2005 zu Recht für »Es geht uns gut« den Deutschen Buchpreis erhalten. Manche Jury-Entscheidungen in den Jahren danach mögen zweifelhaft gewesen sein, diese nicht. Es lohnt, das Buch zu lesen.



© Carl Hanser Verlag



© Knaus

## Auf Traumreise

Meike Winnemuth

**Das große Los – Wie ich bei Günther Jauch eine halbe Million gewann und einfach losfuhr**

Knaus: München, 2013

Schon seit Jahren bin ich großer Fan der Kolumnen von Meike Winnemuth. Wie sie unseren Alltag seziert, unsere Gewohnheiten auseinandernimmt, uns aus den Fettnäpfen zerrt – das ist für mich jedes Mal ein Genuss, auch wenn die Selbsterkenntnis dabei durchaus bitter schmecken kann. Das Gute an Meike Winnemuth ist, dass sie sich selbst nie auf ein Podest stellt, sondern immer mittendrin steckt in unser aller Schlammbad.

Klar, dass die Kolumnistin die halbe Million, die sie 2010 in einer Quiz-Show gewann, nicht einfach verprasst, sondern zu einem Selbstexperiment genutzt hat. Ein Jahr lang ist sie um die Welt gereist, hat jeden Monat in einer anderen Stadt gelebt – in Sydney, Buenos Aires, Mumbai, Shanghai, Honolulu, San Francisco, London, Kopenhagen, Barcelona, Tel Aviv, Addis Abeba und Havanna. Dabei hat sie in fremden Wohnungen gewohnt, die gleichermaßen ein Stück fremde Haut wie auch ein Stück Zugehörigkeit für sie bedeuteten.

Ihre Erfahrungen, ihre Erlebnisse, ihre Gefühle hat sie in dem Roman »Das große Los – Wie ich bei Günther Jauch eine halbe Million gewann und einfach losfuhr« niedergeschrieben: ein Buch, das nicht nur Lust macht, auf Weltreise zu gehen, sondern auch Lust darauf, sich neu zu erfinden, auszuprobieren, wer man sein kann, wie man leben kann, welche Freiheiten und Beschränkungen man hat, zu sehen, wie die Umgebung auf einen abfärbt. Und wer sich kein Sabbatjahr leisten kann, dem ist das Buch vielleicht Anregung zu einer Traumreise – im Liegestuhl oder in der Hängematte.

Claudia Kemmer

## Geschichte der Urkatastrophe

Holger Afflerbach

**Auf Messers Schneide. Wie das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg verlor**

C.H.Beck: München, 2018

Vor fast 100 Jahren, am 11. November 1918, endete der Erste Weltkrieg, den der US-Diplomat George F. Kennan die »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts« genannt hat. Der im englischen Leeds lehrende deutsche Historiker Holger Afflerbach hat jetzt eine sehr gut lesbare Geschichte des Ersten Weltkriegs veröffentlicht. Souverän verknüpft er darin die militärischen mit den politischen Entwicklungen.

Auch gelingen ihm ebenso knappe wie treffende Charakterisierungen wichtiger Akteure. So nennt er Hindenburg einen schwerfälligen und bequemen Mann, der aber ein wahrer Meister darin gewesen sei, »sich öffentlich als Feldherr zu vermarkten«.

Ohne die Schuld der deutschen Seite zu verharmlosen, macht Afflerbach deutlich, dass auch die Alliierten mehrere Möglichkeiten verstreichen ließen, die »wahnsinnige Selbstzerfleischung Europas« zu beenden. Die Hauptverantwortung für den Ausbruch des Kriegs weist Afflerbach den Deutschen und Österreichern zu, die Hauptverantwortung für seine lange Dauer aber den Westmächten und Italien. Für alle Seiten galt: »Mit jedem Tag, den der Krieg länger dauerte – im Schnitt kostetet jeder einzelne Tag über 9.000 Soldaten und Zivilisten das Leben –, wurde der Rechtfertigungsdruck für die Opfer größer und heizte den Annexionismus an.« Als der Krieg dann zu Ende ging, war Europa so zerrüttet und geschwächt, dass die Sieger nach Afflerbachs Worten »gar nicht mehr anders als unerbittlich sein konnten«. Der Keim für die nächste, noch größere Katastrophe war gelegt.



© C.H.Beck

## Faszination des Alltags

Karl Ove Knausgård

### Im Sommer

Luchterhand Literaturverlag:  
München, 2018

Der Klappentext verspricht nicht zu viel, wenn er den Essay-Band »Im Sommer« vollmundig als »Liebeserklärung an das Leben und die sinnlich erfahrbare Welt« bewirbt. Aus Sicht eines Vaters hält Karl Ove Knausgård für seine jüngste Tochter kleine wie feine Alltagsbetrachtungen in einem Tagebuch fest. Dabei schafft er mit seinen Mini-Essays einen neuen Blick auf die Welt, indem er die Faszination im Gewöhnlichen sucht.

Die mehr als 50 Beobachtungen ordnet der wohl bekannteste norwegische Autor nach den drei Sommermonaten Juni, Juli und August. Darunter finden sich kurze Abhandlungen über *Wespen* und *Kastanienbäume* ebenso wie über *Kurze Hosen*, *Eiscreme* oder *Campingplätze*.

Beim Anblick des *Fahrrads* wundert sich Knausgård beispielsweise darüber, dass eine solche Konstruktion – ein Rahmen, zwei Räder, Kette plus Pedale – erst im 19. Jahrhundert erfunden wurde. Wieso kam nicht etwa ein genialer Schöpfer wie Leonardo da Vinci auf die Idee? Knausgård vermutet, dass es an der Schlichtheit der Erfindung liegt, an ihrem volkstümlichen und demokratischen Potenzial, dass keinem der großen Denker solch ein Geistesblitz kam.



Denn die berühmten Erfinder hätten stets groß gedacht, das Fahrrad hingegen sei klein und bescheiden. Und im Gegensatz zum Auto etwa schütze das Fahrrad den Menschen nicht, sondern exponiere ihn geradezu in seiner Verletzlichkeit.

Und so ist es letztlich auch mit Knausgård's Sommerbuch, übrigens dem vierten und letzten Band seiner Jahreszeiten-Reihe: Es hat nicht das Große, Eindrucksvolle im Fokus, seine Stärke ist der Blick durch die Lupe. Wer sich auf diesen Perspektivwechsel einlassen will, wird den Sommer bestimmt intensiver genießen können. Ein schönes Extra: Einige Kapitel werden mit Aquarellen von Anselm Kiefer geschmückt.

Christian Marx

# Lesen und Lernen

Der Sommer ist da, der Balkon bepflanzt, die Koffer gepackt. Was fehlt? Ach ja, die Lektüre.

Nichts mehr Neues im Bücherregal, alles schon ausgelesen? Die Redaktion von »Fraktion direkt« weiß Rat. Wie jedes Jahr zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause empfehlen wir Ihnen vier Bücher: zum Lesen und Lernen, zum Wegdriften und Tagträumen.



# Petitionen sind Gradmesser der Politik

Petitionsausschuss überreicht Jahresbericht 2017 an Bundestagspräsident Schäuble

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Petitionen schauen auf ein arbeitsreiches Jahr zurück. Das Gute daran: Die Zahl von über 11.500 Zuschriften, mit denen sich die AG befasste, zeigt, dass die Menschen in unserem Land ein Interesse an Politik haben. Petitionen sind eine Art Frühwarnsystem und zugleich ein Gradmesser dafür, ob umgesetzte Maßnahmen wirken und bei den Menschen ankommen. Erkenntnisse aus Petitionen fließen deshalb immer wieder in Gesetzgebungsprozesse ein.

Die Statistik des Jahresberichts zeigt, dass die meisten Einsender erneut aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen kommen, gefolgt von Bayern. In Relation zur Zahl der Einwohner stehen abermals Berlin und Brandenburg an der Spitze. Bremen und Baden-Württemberg belegen die letzten Plätze. Dabei wurden 33 Prozent aller Eingaben auf elektronischem Wege eingereicht. Das Petitionsportal ist das erfolgreichste Internetangebot des Deutschen Bundestages und zählt mehr als 2,1 Millionen registrierte Nutzerinnen und Nutzer.

## Petitionsportal ist erfolgreichstes Internetangebot des Bundestages

Den größten Zuwachs an Petitionen gab es 2017 im Geschäftsfeld des Bundesgesundheitsministeriums. Hier hatten beispielsweise Logopäden die berechtigte Forderung nach einer besseren Vergütung aufgestellt. Die Anforderungen an ihre Arbeit waren in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, ohne dass sich dies im Preis-Leistungsgefüge widerspiegelt hätte. Dieses Wissen ist in die Beratungen des Bundestages zum Gesetz über die Heil- und Hilfsmittelversorgung eingeflossen, welches am 11. April 2017 verabschiedet wurde. Auch die Probleme beim Bilden einer Rettungsgasse auf deutschen Straßen wurden in einer Petition thematisiert. Nunmehr sind die Verhaltensregeln für Autofahrer angepasst. Sie sind so einprägsam und leicht verständlich formuliert worden, dass jeder wissen kann, wohin er sein Fahrzeug im Rettungsfall lenken muss.

Während diese und andere Petitionen erfolgreich abgeschlossen werden konnten, gab es jedoch auch viele Bitten, die abgelehnt werden mussten. So forderte ein Petent aus Nürnberg eine gesetzliche Regelung, die für »gesellige« Haustiere eine Paar- oder Schwarmhaltung vorschreibt. Auch wenn das ein nachvollziehbarer Wunsch ist, konnte der Petitionsausschuss dem Anliegen nicht entsprechen. Hier fehlt es in der Praxis an Kontroll- beziehungsweise Überwachungsmöglichkeiten.

Neben Gesetzesvorschlägen auch viele Einzelanliegen

## Neben Gesetzesvorschlägen auch viele Einzelanliegen

Neben derartigen Bitten zu Gesetzesänderungen sind es vor allem viele Einzelanliegen, die an den Petitionsausschuss herangetragen werden. Dazu zählen Hilfsersuchen bei Schicksalsschlägen, der Ärger mit Behörden oder auch Erbstreitigkeiten. 2017 erreichte den Petitionsausschuss beispielsweise die Eingabe einer 84 Jahre alten Petentin aus Detmold, die sich über den Standort eines neu installierten, sehr großen Telekommunikationskastens beschwerte. Sie bat den Ausschuss um Unterstützung, damit der Kasten, der ihr fast die ganze Sicht aus dem Fenster verstellte, versetzt wurde. Im Juli 2017 konnte der Petitionsausschuss im Rahmen eines Ortstermins einen Kompromiss erwirken.

Genau diese Themenvielfalt ist die Stärke des Petitionsausschusses. Anders als bei privaten Kampagnen- und Petitionsportalen wird hier jedes legitime Anliegen geprüft und mit gleicher Zuverlässigkeit bearbeitet. Das gilt unabhängig von der Aktualität des Falls oder der Zahl der Unterstützer. Am Ende wird der Petent immer über das Ergebnis unterrichtet. Dieses Alleinstellungsmerkmal gilt es zu wahren.



Der Petitionsausschuss übergibt Bundestagspräsident Schäuble den Jahresbericht. Vorne im Bild: Der Ausschussvorsitzende Marian Wendt (l.) und Wolfgang Schäuble (r.), zweite Reihe rechts: der Vorsitzende der AG Petitionen der Unionsfraktion, Gero Storjohann

## Blick in die Welt von morgen: Unionsabgeordnete auf der Cebit

Mitglieder der AG Digitale Agenda der Unionsfraktion haben die Digitalmesse in Hannover besucht. V.l.n.r: Hansjörg Durz, Stefan Sauer, Ronja Kemmer, Maik Beermann, Bundesforschungsministerin Anja Karliczek und der AG-Vorsitzende Tankred Schipanski. Die Fachgespräche und Einblicke in das, was bereits möglich ist, zeigen: Digitalisierung und Automatisierung stärken die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie.



© Stephan Luening

## Politik am Küchentisch

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer, hat mit Hazel Brugger von der »heute-show« Fußballkuchen gezaubert. »Könnte man nochmal nachschauen, ob das irgendwie witzig war, oder sowas?« Klar, Herr Grosse-Brömer, kann man: [www.zdf.de/comedy/heute-show/diy-hazel-brugger-102.html](http://www.zdf.de/comedy/heute-show/diy-hazel-brugger-102.html)



© Joachim Riecker

## Soziale Marktwirtschaft wird 70

Mit einem großen Kongress hat die Unionsfraktion 70 Jahre Soziale Marktwirtschaft gewürdigt. Unter dem Motto »Innovationen, Wettbewerb und Zusammenhalt« diskutierten dort Wirtschaftsforscher und Unternehmensvertreter mit Vertretern aus Gesellschaft und Politik über die essenziellen Fragen der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands. Nach Ansicht von Unionsfraktionsvize Carsten Linnemann, Gastgeber der Veranstaltung, ist das Modell der Sozialen Marktwirtschaft trotz großer Herausforderungen zukunftstauglich.



© Julia Nowak



»Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung sind die letzten Meter besonders anspruchsvoll.«

Hermann Gröhe, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zur Arbeitsmarktpolitik

**CDU**  **CSU**  
Fraktion im Deutschen Bundestag

© Laurence Chapeton

## Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:  
[www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)



[www.facebook.com/  
cducusubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)

Der Blog der Fraktion:  
[blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)



[www.youtube.com/cducusu](https://www.youtube.com/cducusu)

Fraktion direkt:  
[www.cducusu.de/fraktiondirekt](http://www.cducusu.de/fraktiondirekt)



[twitter.com/cducusbt](https://twitter.com/cducusbt)

Bundestagsdrucksachen:  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)



[www.instagram.com/  
cducusbt](https://www.instagram.com/cducusbt)

## »Fraktion direkt« bestellen

»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin« erscheint jeweils am Ende eines Monats. Bestellen können Sie das Heft unter [fraktiondirekt.abo@cducusu.de](mailto:fraktiondirekt.abo@cducusu.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informiert Sie wöchentlich »Fraktion direkt – Der Newsletter«. Den elektronischen Newsletter können Sie abonnieren unter [www.cducusu.de/newsletter-abo](http://www.cducusu.de/newsletter-abo). Sie erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von »Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«.